



Mehr Sicherheit

Die FPÖ fordert mehr Sicherheit in den Asylunterkünften.
S.2



Sonderschulen unbedingt erhalten

Die Freiheitlichen NÖ verwehren sich gegen die Abschaffung der Sonderschulen. Die Kinder können dann nicht mehr individuell unterstützt werden...
S.2

Wir

FPÖ

WIR LEBEN HEIMAT

NIEDERÖSTERREICHER

Zugestellt durch Post.at

Klubinfo | Juni 2016

NACHRICHTEN AUS DEM FREIHEITLICHEN KLUB IM NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDTAG

Grenze erreicht, wo „unsere Kinder“ hungern müssen!

ÖVP präsentierte „Budget des Grauens“: 400 Millionen Euro für Asylanten, bei der eigenen Bevölkerung wird der Sparstift massiv angesetzt - „Nein“ zum Voranschlag 2017

„Bereits zum 19. Mal diskutiere ich in diesem Haus über das Landesbudget, doch ein derartiger landes- und bürgerfeindlicher Voranschlag wie für 2017 ist mir noch niemals vorgelegen! Im eigenen Haushalt, sprich für die ‚eigenen Kinder‘ wird drastisch gekürzt, während die Kassa für die Asylwerber und Asylanten prall gefüllt ist“, so FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl in der Generaldebatte. „Diesem ‚Budget des Grauens‘ werden wir Freiheitlichen definitiv nicht zustimmen!“

„Wenn sich die Finanzverantwortliche Mikl-Leitner in ihrer Rede beim Steuerzahler bedankt, ist das der blanke Hohn: Denn sie gibt unser aller Geld woanders aus, während man die eigenen Menschen nicht ach-



▶ **LIMIT VERBRAUCHT:** Heisst es für immer mehr Niederösterreicher...

Weitere Informationen zu diesem aktuellen Thema finden Sie auf Seite 3.



Kasernen fix

Auf FPÖ-Antrag wurde eine Standortsicherung beschlossen.
S.2



ÖVP als Antragsklau

Den FPÖ-Antrag für eine Seniorenermäßigung im VOR hat die ÖVP 1:1 übernommen und selbst eingebracht.
S.2

Kurz gesagt...

FPÖ: Standorte von Kasernen gesichert

„Erfreulich, dass im NÖ Landtag zumindest teilweise Vernunft einkehrt“, so FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl. Denn der freiheitliche Vorstoß zur Sicherung aller Kasernenstandorte in Niederösterreich fand Zustimmung bei ÖVP und SPÖ, der Antrag wurde angenommen.

Immer wiederkehrende Diskussionen über Kasernenschließungen verunsichern ganze Regionen, dutzende Heeresmitarbeiter haben Angst um ihren Arbeitsplatz, der wirtschaftliche Impuls würde wegfallen und es wäre kein ausreichender Katastrophenschutz mehr gegeben. „Umso erfreulicher, dass unsere Initiative zur Standortsicherung Anklang gefunden hat...“

[Rede KO Waldhäusl](#)

Senioren: ÖVP klaut FPÖ-Initiative!

Im Budget-Landtag zeigte die ÖVP einmal mehr ihr wahres Gesicht: Der FPÖ-Antrag für eine generelle Tarifiermäßigung für Senioren ab dem 60. Lebensjahr im VOR wurde vom ÖVP-Abgeordneten Michalitsch ungeniert fast 1:1 übernommen und von seiner Fraktion kurzerhand eingebracht. Den Ur-Antrag der Freiheitlichen lehnte die Volkspartei dann ab! „Diese Aktion ist an Charakterlosigkeit nicht mehr zu überbieten!“, kritisierte FPÖ-Seniorensprecher LAbg. Erich Königsberger in Richtung der ÖVP. „Es scheint, ihr habt überhaupt keinen Genierer mehr. An eurer Stelle würde ich mich in Grund und Boden schämen! Wichtig für unsere Senioren ist allerdings, dass diese Ermäßigung kommt und diese FPÖ-Forderung von der ÖVP mitgetragen wurde...“

[Rede LAbg. Königsberger](#)

[Rede LAbg. Königsberger](#)



► **SICHERHEIT:** In den Asylquartieren geht es nicht selten drunter und drüber!

Asylquartiere: FPÖ für mehr Sicherheit

In den letzten 15 Monaten kam es in Niederösterreichs Asylquartieren zu 167 (!) Anzeigen wegen Körperverletzungen, die Kosten für die Polizeieinsätze sind enorm. Betreuungseinrichtungen und Quartiergeber sollen selbst für Sicherheit sorgen.

„Um künftig die Straftaten bzw. Konfliktsituationen in und rund um Asylantenunterkünften zu verringern, sind die Unterkunftgeber und die Betreuungsorganisationen angehalten, selbst für mehr Sicherheit zu sorgen“, so FPÖ-LAbg. Erich Königsberger. Dazu gehören entsprechende Hausordnungen mit Verhaltensregeln und eine Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr, wo sich die Bewohner in ihren Räumen aufzuhalten haben. „Sowohl

Unterkunftgeber als auch Betreuungsorganisationen erhalten wesentliche öffentliche Gelder, sie sind daher in die Pflicht zu nehmen“, argumentierte Königsberger im Budget-Landtag. „Die Betreuer müssen die Anwesenheitspflicht sowie die Einhaltung der Hausordnung bzw. des Waffenverbots kontrollieren, Begleitung zu Ämtern vornehmen etc.“ Antrag abgelehnt!

[Rede LAbg. Königsberger](#)

Sonderschulen erhalten

Obwohl im letzten Schuljahr 6.020 Kinder in niederösterreichischen Sonderschulen unterrichtet wurden, soll dieses Modell 2020 auslaufen. Der FPÖ-Antrag wurde im Budget-Landtag angenommen.

„Bis dato haben Eltern die Wahl, ihr Kind in einer Integrations- oder Sonderschule unterzubringen. Dieses Recht soll ihnen genommen werden“, kritisierte FPÖ-LAbg. Udo Landbauer im Budget-Landtag. „Die Zahl an Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf steigt, da-

her muss die Sonderschule unbedingt erhalten bleiben.“ Die Abschaffung würde zu einer erhöhten Schüleranzahl in Integrationsklassen führen, das Lehrpersonal kann den individuellen Bedürfnissen der Kinder gar nicht mehr angemessen nachkommen. „Hier geht es schlicht und einfach um Einsparungen auf Kosten der Kinder, dagegen verwehren wir uns vehement“, so Landbauer. Der Antrag zum Erhalt der Sonderschulen in Niederösterreich wurde mehrheitlich angenommen!

[Rede LAbg. Landbauer](#)



Mikl-Leitner verhöhnt die Steuerzahler in NÖ!

tet“, kritisierte Waldhäusl scharf. „Und für mich ist eine Grenze dann überschritten, wenn die ‚eigenen Kinder‘ – sprich: die Niederösterreicher – hungern müssen. Das ist mittlerweile der Fall und wird sich 2017 noch verschärfen.“ Mehrkosten im Kulturbereich von 400 Millionen Euro, weitere 400 Millionen für den Asylbereich, während etwa der Budgetbereich „Hilfe für Familien in Not“ um 700.000 Euro heruntergefahren wird!“

Hart ins Gericht ging Waldhäusl mit Mikl-Leitner hinsichtlich der Bedarfsorientierten Mindestsicherung: „Im Gesetz heißt es dezidiert, dass die Gemeinden hier NICHT zur Kassa gebeten werden. Jetzt sind plötzlich 25 Millionen Euro budgetiert, die von den Kommunen erbracht werden müssen. Es ist keine Art, erst im Bund etwas zu verbocken, dann nach Niederösterreich zu kommen und die Gemeinden ungeniert auszubluten...“

„Das Lügen-Budget für 2017 lässt einen die Zukunft im wahrsten Sinne des Wortes schwarz-

sehen! Denn zum Schuldenstand von 4,1 Milliarden Euro kommen noch die Kosten für Sonderfinanzierungen bzw. Leasingprojekte in der Höhe von 3,5 Milliarden Euro dazu, diese sind im Budget gar nicht erwähnt“, rechnet Waldhäusl vor. „Wir sagen ‚Nein‘ zu dieser Politik!“

[Rede KO Waldhäusl](#)



Gedanken des Klubobmanns

Grenze des Machbaren längst erreicht

Niederösterreich - für Asylanten das Land, wo Milch und Honig fließen! Für jeden gibt es selbstverständlich monatlich 838 Euro aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, Kostenpunkt nur dafür 2017: 45 Mio Euro. Schluss damit!

Das Oberösterreich-Modell zeigt vor, wie es gehen kann - und wie wir es auch für unser Bundesland fordern: Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte bekommen künftig nur noch 365 Euro ausbezahlt! Wer sich an gewisse Auflagen wie etwa den Besuch von Deutsch- und Wertkursen hält, erhält dazu noch einen monatlichen Integrationsbonus von 155 Euro...

Auch eine Deckelung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung von 1.500 Euro pro Familie und Monat muss parallel dazu vorgenommen werden! Fakt ist, dass durch die Einführung dieser Maßnahmen, Einsparungen von bis zu 50 Millionen Euro möglich sind. Die dann für die eigene Bevölkerung verwendet werden können.

Es ist an der Zeit, die Grenzen des Machbaren und der Belastbarkeit klar und deutlich aufzuzeigen!

WEITERE FPÖ-ANTRÄGE IM LANDTAG

Resolutionsantrag Abg. Ing. Huber betreffend NÖ Mindestsicherungsgesetz einhalten – keine zusätzliche Belastung für Gemeindeglieder abgelehnt: Zustimmung FRANK (Gabmann, Dr. Machacek, Naderer, Dr. Von Gimborn), FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, FRANK (Dr. Laki), GRÜNE.

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend freiwilliges Feuerwehrwesen nachwuchsfähig gestalten abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FRANK, FPÖ, GRÜNE, Ablehnung ÖVP.

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend Erhalt aller Kasernen in Niederösterreich angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FRANK, FPÖ, Ablehnung GRÜNE angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FRANK, FPÖ, Ablehnung GRÜNE.

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend Bedarfsorientierte Mindestsicherung an OÖ-Modell angleichen abgelehnt: Zustimmung FRANK, FPÖ Ablehnung ÖVP, SPÖ, GRÜNE.

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend 2-Säulen-Unterstützungspaket für unsere Familien abgelehnt: Zustimmung FRANK, FPÖ Ablehnung ÖVP, SPÖ, GRÜNE.

Resolutionsantrag Abg. Ing. Huber betreffend Sofortige Aufhebung der Arbeitnehmerfreizügigkeit abgelehnt: Zustimmung FRANK (Gabmann, Dr. Von Gimborn), FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, FRANK (Dr. Laki, Dr. Machacek, Naderer), GRÜNE.

Resolutionsantrag Abg. Ing. Huber betreffend Verankerung von zahnärztlichen Untersuchungen im Mutter-Kind-Pass abgelehnt: Zustimmung FRANK, FPÖ, GRÜNE, Ablehnung ÖVP, SPÖ.

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend Zusagen im Gesundheitsbereich einhalten – 15 Orthopädie-Betten von Zwettl nach Waldhofen verlegen abgelehnt: Zustimmung FRANK, FPÖ, GRÜNE, Ablehnung ÖVP, SPÖ.

Resolutionsantrag Abg. Königsberger betreffend Maßnahmenpaket zur Entlastung der NÖ Pendler abgelehnt: Zustimmung FRANK (Gabmann, Dr. Machacek, Naderer, Dr. Von Gimborn), FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, FRANK (Dr. Laki), GRÜNE.

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend Errichtung einer Autobahn/Schnellstraße für das Waldviertel abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FRANK, FPÖ, Ablehnung ÖVP, GRÜNE.

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend Überlebenspaket für die niederösterreichischen Landwirte abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, FRANK, GRÜNE.

Resolutionsantrag Abg. Ing. Huber betreffend Rücknahme der Neuregelung des Einheitswertes für landwirtschaftliche Betriebe abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, FRANK, GRÜNE.

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend klares „Nein“ zur Maschinensteuer angenommen: Zustimmung ÖVP, FRANK, FPÖ, Ablehnung SPÖ, GRÜNE.

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend volle Abgeltung für die durch die KRAZAF-Lücke finanziell geschädigten Gemeinden abgelehnt: Zustimmung FRANK, FPÖ, GRÜNE, Ablehnung ÖVP, SPÖ.